

# Weltbankprojekt Ghazi Barotha

## Alte Fehler in neuem Gewand

von Dirk Hegmanns

Gegen heftige Proteste pakistanischer und internationaler Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) haben die Weltbank, die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und andere Geldgeber (Näheres zum deutschen Finanzierungsbeitrag im Meldungsteil) kürzlich die Finanzierung des Wasserkraftwerkes Ghazi Barotha am Indus in Pakistan beschlossen. Das 2,1 Milliarden US-Dollar teure Projekt soll 1.450 Megawatt Strom produzieren und in erster Linie die Städte Islamabad und Peshawar mit Energie versorgen.

Ghazi Barotha wird von der Weltbank in ihrem jüngsten "Annual Report of Portfolio Performance" (ARPP) als beispielhaft für eine adäquate Partizipation hinsichtlich der vorgesehenen Umsiedlungs- und Entschädigungsmaßnahmen sowie der unabhängigen Kontrolle genannt. Das bisherige Prozedere zur Umsetzung dieser Maßnahmen kann diesen hohen Anspruch jedoch nicht einlösen. Vielmehr erinnert es in vieler Hinsicht an die Fehler der Vergangenheit bei der Realisierung von derartigen Großprojekten.

Der 1994 erschienene "Bankwide Resettlement Review" konnte kein einziges Weltbank-Projekt dokumentieren, bei dessen Realisierung die Vertriebenen vollständig rehabilitiert wurden. Dieses Versagen in der Umsetzung der bankinternen Richtlinien wurde vom "Operations Evaluation Department" (OED) u.a. darauf zurückgeführt, daß es in den meisten Empfängerländern keinen rechtlichen Rahmen gibt, der die Rechte der von Zwangsumsiedlung betroffenen Bevölkerung adäquat sichert.

In Pakistan ist ein rechtlicher Rahmen

zwar gegeben, doch wird von NGOs darauf hingewiesen, daß dieser Großprojekten wie Ghazi Barotha nicht Rechnung trägt. Welche dramatischen Auswirkungen dies hat, zeigt das Beispiel des ebenfalls durch die Weltbank finanzierten Tarbela-Staudamms, der nur sieben Kilometer flußaufwärts von Ghazi Barotha liegt. Hier wurden Anfang der 70er Jahre etwa 100.000 Menschen vertrieben, die zum Teil bis heute noch nicht entschädigt wurden. Einige der Betroffenen sind im Rahmen des Ghazi Barotha-Projektes zum zweiten Mal von Umsiedlungsmaßnahmen betroffen.

Bei Ghazi Barotha handelt es sich um ein sogenanntes Laufwasserkraftwerk. Eine Staumauer soll das Wasser des Indus in einen 52 Kilometer langen Kanal mit gleichmäßigem Gefälle leiten, um damit an dessen Ende fünf Turbinen mit einer Leistung von jeweils 290 Megawatt anzutreiben. Danach wird das Wasser wieder in den Indus geleitet. Um die Umsiedlungsmaßnahmen so gering wie möglich zu halten, entschied man sich unter mehreren Alternativen für die längste und damit um etwa 100 Millio-

nen US-Dollar teurere Version des Kanals. Damit sollte nicht nur das Konfliktpotential verringert, sondern auch die Einsicht propagiert werden, daß man in den Geberinstitutionen aus den alten Fehlern gelernt habe.

Das weitere Vorgehen bewies jedoch rasch das Gegenteil. Zur Unterstützung und Kontrolle hinsichtlich der Umsiedlungs- und Entschädigungsmaßnahmen sollte laut Umsiedlungsplan eine unabhängige Projekt-NGO (PNGO) gegründet werden, die aus Vertretern der Betroffenen und unabhängigen Experten bestehen und mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden sollte. Mit der Bildung dieser PNGO wurde das staatliche 'National Rural Support Programme' (NRSP) beauftragt. NRSP hat jedoch die Rolle der PNGO selbst übernommen. Damit war eine unabhängige Kontrolle nicht mehr gewährleistet.

Weiterhin hat die Realisierung von Ghazi Barotha weitreichende Folgen für die Region unterhalb der Staumauer. Auf einer Strecke von etwa 50 Flußkilometern wird die Wasserführung des Indus für sieben Monate im Jahr drastisch vermindert. In der Trockenzeit wird der Fluß auf etwa zwölf Prozent seines gegenwärtigen Wasservolumens reduziert. Lediglich eine Durchflußmenge von 23 Kubikmetern pro Sekunde soll garantiert werden. Das Mäandern des Indus, das die natürliche Umwelt in der Region wesentlich prägt, wird damit fast vollständig unterbunden. Vor allem für eine ganze Reihe von bisher nahezu unberührter Flußinseln, die für zahlreiche bedrohte Vogelarten wertvolle Biotope darstellen, könnte dies fatale Folgen haben: Durch den niedrigen Wasserstand könnten die Bauern der Umgebung auf der Suche nach Brennholz und neuen Weiden für ihre Viehherden die dichtbewaldeten Inseln über trockenfallende Seitenarme erreichen, was mit Sicherheit in kurzer



Durch Ghazi-Barotha wird das Mäandern des Indus fast vollständig unterbunden (Foto: Dirk Hegmanns)



Frist das Ende dieser kleinen Naturparadiese bedeuten würde.

Heftige Proteste der NGOs, insbesondere der in Islamabad ansässigen 'Sungi Development Foundation', führten zunächst zu einigen unwesentlichen Modifikationen des Projekts. Über eine Organisationsreform der PNGO und die geforderte Garantie einer Mindestdurchflußmenge von 400 Kubikmetern pro Sekunde wollte die staatliche pakistanische Energiebehörde WAPDA (Water and Power Development Agency), die mit der Durchführung von Ghazi Barotha betraut ist, dagegen nicht diskutieren: Anwar Zeb Khan, Direktor des 'Public Information Centers' von WAPDA, erklärte während eines von Sungi organisierten Workshops kategorisch, daß "das NRSP als PNGO akzep-

tiert werden muß."

Mit Hilfe internationaler NGOs - darunter auch die deutsche Umweltorganisation Urgewald -, die bei Weltbank und KfW gegen dieses Vorgehen protestierten, erreichten die pakistanischen NGOs jedoch, daß die Problembereiche noch einmal diskutiert wurden. WAPDA mußte einlenken. Als PNGO wurde nun die 'Ghazi Barotha Development Organization' eingesetzt, ebenfalls eine staatlich gelenkte Institution, die als unabhängige Kontrollinstanz nicht akzeptabel war. Vielmehr verdichtete sich der Eindruck, daß die "beispielhaften" Vorgaben des Projekts mit allen Mitteln umgangen und die betroffene Bevölkerung von den wichtigen Entscheidungen ausgeschlossen werden sollte.

Überraschende Unterstützung bekamen

die NGOs, nachdem die Proteste weiter anhielten. Der seit Sommer 1995 amtierende neue Weltbank-Präsident James Wolfensohn erklärte Ghazi Barotha zur Chefsache und verbürgte sich persönlich dafür, daß alle Probleme des Projekts zur Zufriedenheit aller Beteiligten gelöst werden sollten. Im Direktorium der PNGO sollen nun Betroffene vertreten sein. Zudem stellte man fest, daß eine Durchflußmenge an der Staumauer von 400 Kubikmeter pro Sekunde die Wirtschaftlichkeit von Ghazi Barotha nicht beeinträchtigen würde. Auf ein verbindliches Mindestmaß will man sich jedoch auch weiterhin nicht festlegen.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß der Energiebedarf Pakistans in Zukunft weiter stark ansteigen wird und gedeckt werden muß. Der nationale Energieplan sieht eine Steigerung der Energieleistung von 8.775 Megawatt in 1994 auf 54.219 Megawatt im Jahre 2018 vor. In den nächsten Jahren sollen deshalb drei große Wasserkraftwerke - darunter Ghazi Barotha - mehrere kleine Wasserkraftwerke sowie vier thermische Kraftwerke gebaut werden. Thermische Kraftwerke sind beispielsweise bei Karachi geplant (vgl. Übersichtskarte). Zur Umsetzung dieser Pläne wurden eigens die geltenden Grenzwerte für Emissionen heraufgesetzt.

Nach Schätzungen verfügt Pakistan allein an Wasserenergie über ein Potential von etwa 30.000 Megawatt. Seiner Entwicklung soll gegenüber thermischen Kraftwerken Priorität eingeräumt werden. So begrüßenswert dies auf den ersten Blick erscheint, so skeptisch ist dieses Vorhaben angesichts des Vorgehens im Falle Ghazi Barotha zu betrachten. Der geplante Kalabagh-Staudamm am Indus wird die Dimensionen von Ghazi Barotha um ein Vielfaches übertreffen. Hier sind nicht nur Konflikte um Umsiedlungen und Entschädigungen zu erwarten, sondern auch eine verschärfte Beeinträchtigung der gesamten Fluß-ökologie: Jeder Staudamm hält immense Wassermengen zurück, die dem Fluß unterhalb der Staumauer fehlen. Schon jetzt ist aufgrund der existierenden Dämme eine zunehmende Versalzung des unteren Abschnitts des Indus festzustellen. Jeder weitere Damm erhöht die Gefahr einer nachhaltigen Schädigung der gesamten Region. Wird Kalabagh nach ähnlichem Muster wie Tarbela oder Ghazi Barotha gebaut, so ist mit einem ökologischen Desaster zu rechnen.

(Der Autor ist Mitarbeiter der Umwelt- und Entwicklungsorganisation "Urgewald" und arbeitet als freier Schriftsteller. Seine Romane "Palmares - Die Republik der Sklaven" und "Rheinpiraten - Rebellion gegen das Hakenkreuz" sind im Peter Hammer Verlag erschienen).

